

Heft 5/2004



Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen

# RÜCKLÄUFIGE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

- ANPASSUNGSSTRATEGIEN IN DER REGION OSTTHÜRINGEN -



## **Rückläufige Bevölkerungsentwicklung - Anpassungsstrategien in der Region Ostthüringen -**

---

**Auftraggeber:** Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen  
Hermann-Drecheler-Straße 1, 07548 Gera,  
Telefon (0365) 82 75-951 Telefax (0365) 82 75-998  
E-Mail: [regionalplanung-ost@tlrwa.thueringen.de](mailto:regionalplanung-ost@tlrwa.thueringen.de)  
Internet: [www.thueringen.de/tlrwa/portalrp/start.htm](http://www.thueringen.de/tlrwa/portalrp/start.htm)

**Zusammengestellt durch:** Planungsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen unter Verwendung

- der Abschlussberichte der Firmen SIGMA-PLAN Weimar GmbH („Dorfzentrum“) und Freie Planungsgruppe Berlin („Kleine Schule im ländlichen Raum“) im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft,
- des Abschlussberichtes vom Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH Berlin zu „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern – Modellvorhaben der Raumordnung“ im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung Bonn sowie
- der Diplomarbeit von Frau Dipl. Geograph Kathrin Kraft aus Berlin („Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“)

**Fotos:** Planungsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen, Stadtverwaltung Gera, Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik Berlin GmbH, Planungsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald, Zweckverband öffentlicher Personennahverkehr Saale-Orla, SIGMA-PLAN Weimar GmbH, Freie Planungsgruppe Berlin GmbH, IBS WA Rudolstadt, CD-ROM Photo Express Ulead systems, Version 3.0

**Fertiggestellt:** August 2004

**Satz und Druck:** Wicher Druck  
Otto-Dix-Straße 1, 07548 Gera  
Telefon (0365) 26778, Telefax (0365) 29002 73  
E-Mail: [wicher-druck@t-online.de](mailto:wicher-druck@t-online.de)  
Internet: [www.wicher-druck.de](http://www.wicher-druck.de)



## Geleitwort

In den neuen Bundesländern und besonders auch in der Region Ostthüringen haben sich in den letzten Jahren tiefgreifende Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung vollzogen, die so bisher noch nie da gewesen sind. Wir müssen uns deshalb auf eine Situation einstellen, die in den kommenden 50 Jahren durch drastischen Einwohnerrückgang und Überalterung gekennzeichnet sein wird.

Es ist an der Zeit umzudenken, Stadt- und Regionalplaner und praktisch alle Kommunen in Ostthüringen sollten sich langfristig auf die Auswirkungen des demographischen Umbruchs einstellen. Das gilt für Groß- und Mittelstädte ebenso, wie für Kleinstädte und ländliche Gemeinden.

Wir müssen weg vom Wachstumsgedanken, hin zu realistischen Reaktionen, und wir müssen Investitionen und Standortentscheidungen aus diesem Wissen heraus verantwortungsvoll treffen und zukunftsfähig gestalten.

Wir meinen, dass eine Regionale Planungsgemeinschaft dabei Orientierungshilfen geben sollte. Und als Mitglied des Gemeinde- und Städtebundes liegt es mir besonders am Herzen, den Kommunen rechtzeitig Informationen zu geben und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen hatte sich deshalb in den vergangenen zwei Jahren am Bundesprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) beteiligt. Mit Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt zum Aufbau Ost und finanzieller Beteiligung der Regionalen Planungsgemeinschaft konnten wir am Beispiel eines ländlich/peripheren Raumes Anpassungsstrategien für den Bevölkerungsrückgang entwickeln. Dabei ging es uns besonders um Strategien zur Weiterentwicklung unserer Infrastruktureinrichtungen.

Viele haben sich in die MORO-Projekte eingebracht und ich darf mich an dieser Stelle ganz persönlich bei allen Mitgliedern der Arbeitsgruppen, bei den Projektleitern und allen, die die Projekte unterstützt haben, bedanken.

Die neue Ausgabe in der Reihe der blauen Broschüren der Planungsgemeinschaft möchte nun die intensiven Recherchen, Überlegungen und Ideen der Arbeitsgruppen und Gutachter auswerten und einem breiten Publikum vorstellen. Dabei war es nicht leicht, aus der Fülle der Informationen diejenigen auszuwählen, die in eine knapp 20-Seiten-Broschüre passen ohne Wichtiges wegzulassen. Wir hoffen, dass uns das gelungen ist und meinen, dass die Ergebnisse auch auf andere Landkreise, Städte und Regionen übertragbar sind.

Es ist aber kein Schlussstrich, denn Modellvorhaben vollziehen sich schrittweise in der Praxis. Auch die Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes wird sich dem demographischen Umbruch stellen.

Wir würden uns freuen, wenn die Erfahrungen des Modellvorhabens Ihnen bei der Anpassung der Infrastrukturangebote an den demografischen Wandel helfen. Wir sind offen für Ihre Anregungen und Hinweise zum Thema und würden diese in späteren Workshops gern weitergeben.

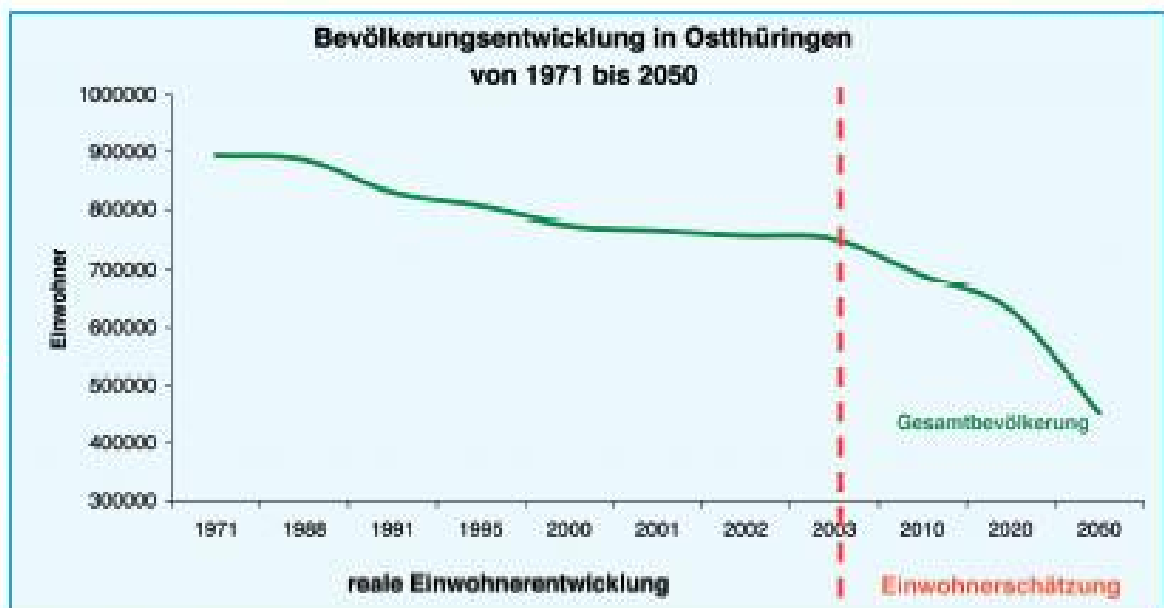


Ralf Rauch  
Präsident der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen

## Bevölkerungsrückgang und Überalterung

### Die Fakten:

- Ostthüringen hat in den letzten 14 Jahren 15% seiner Einwohner verloren. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, wird die Einwohnerzahl in den nächsten 50 Jahren im Vergleich zu heute auf 60% sinken.
- Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil alter Menschen so erhöht, dass in Ostthüringen inzwischen fast doppelt so viele Rentner leben wie Kinder. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, wird es in 50 Jahren in der Region drei mal so viele Rentner geben, wie Kinder.

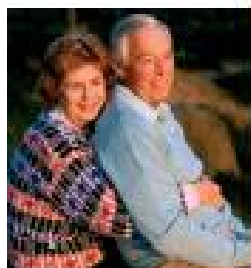


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik/eigene Berechnungen auf der Basis der 9. KEVB



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik/eigene Berechnungen auf der Basis der 9. KEVB

siehe auch weiterführende Informationen zur Bevölkerungsentwicklung im Anhang



## Ursachen

Mehrere Ursachen, bundesweite und regionale, verschmelzen miteinander und verstärken sich gegenseitig:

in ganz Deutschland:

- Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters
- Geburtenrückgang in Deutschland bereits seit 70 Jahren
- veränderte Lebenseinstellung vieler Frauen (unzureichende flankierende Maßnahmen der Gesellschaft für Vereinbarkeit von Familie, Bildung, Beruf und wirtschaftlicher Selbständigkeit)
- erweiterte Möglichkeiten der Geburtenkontrolle („Pille“, Schwangerschaftsabbruch)
- veränderte Lebenseinstellung vieler Jugendlicher (Ungebundenheit, Spaß und Konsum)
- Kinder als soziales Risiko (Arbeitsmarktrisiko, Armutsrisiko)

in der Region Ostthüringen:

- seit 14 Jahren anhaltend hohe Arbeitslosigkeit
- nach dramatischem Geburtseinbruch Anfang der 90er Jahre weiterhin niedrige Geburtenzahlen (aus den wenigen Kindern von heute werden die wenigen Mütter von morgen hervorgehen)
- nach Abwanderungshoch Anfang der 90er Jahre weiterhin hohe Abwanderung vor allem junger Menschen, darunter v.a. auch junger Frauen (man geht dahin, wo Arbeit ist, Frauen haben es auf einem strukturschwachen Arbeitsmarkt besonders schwer)
- kaum Zuwanderung von Ausländern nach Ostthüringen (Ausländer wandern in strukturstärke Regionen)
- Zukunftsangst bei jungen Menschen (nach Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit: Angst den Lebensunterhalt für eine eigene Familie nicht sichern zu können)

## Auswirkungen

- weiterer Geburtenrückgang
- weitere Abwanderung
- alte Menschen bestimmen das Bild der Region
- ausbleibende Studienanfänger und Berufsschüler
- Fachkräftemangel
- Auszahlung der Renten nicht gesichert
- Zunahme von Sozialhilfeempfängern
- noch drastischer sinkende kommunale Steuereinnahmen
- sich weiter verstärkendes Überangebot auf dem Wohnungsmarkt
- Unterschreitung der Rentabilitätsgrenze von Infrastruktureinrichtungen
- weitere Schließung von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur
- weitere Schließung von Läden in Innenstädten
- Probleme bei der Betreibung technischer Anlagen
- leere Gebäude beeinträchtigen die Ortsbilder

## Ausblick

Bevölkerungsrückgang und Überalterung sind in Ostthüringen nicht mehr vermeidbar und durch nichts umkehrbar. Sie sind die Folge einer in der Geschichte so nie da gewesenen Entwicklung vergangener Jahre, die sich noch mehrere Jahrzehnte lang auswirken wird.

Programme zur wirksamen Anhebung der Geburtenrate sind bisher nicht umgesetzt worden und eine Zuwanderungswelle von Ausländern nach Ostthüringen ist nicht zu erwarten.

Wichtig für Kommunen und Planer ist es, sich auf das Kommende einzustellen und Ideen zu entwickeln, wie Städte und Dörfer in Ostthüringen als Lebensraum erhalten und die Versorgung der Bevölkerung mit Einrichtungen der Daseinsfürsorge trotz schrittweise weniger Mittel auch zukünftig gesichert werden können.



## MORO – Modellvorhaben der Raumordnung

### Anpassungsstrategien entwickeln

Mit den Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) stellt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (BMVBS) interessierten Regionen ein Aktionsprogramm zur Unterstützung umsetzungsorientierter Planungsansätze zur Verfügung. Drei ausgewählte Regionen hatten die Chance, innerhalb des Modellvorhabens „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern“ zu entwickeln. Begleitet wurde das Modellvorhaben vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und dem IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik Berlin GmbH.

Die Koordination innerhalb der Modellregionen übernahmen die Regionalen Planungsgemeinschaften bzw. Planungsverbände.

Von den Bewerbern konnten drei Regionen in den neuen Bundesländern berücksichtigt werden. Innerhalb der Planungsregion Ostthüringen wurden die beiden Landkreise Saale-Orla-Kreis und Saalfeld-Rudolstadt als Modellregion ausgewiesen.

Ausgangssituation in den drei Modellregionen:	Ostthüringen Landkreise Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis	Mecklenburgische Seenplatte	Lauitz-Spreewald
Bevölkerungsrückgang 1990-2000	-7,5%	-7,8% (1990-1999)	-7,0%
Bevölkerungsrückgang 2000-2020	-17,4%	-9,5%	-6% Region insgesamt, -18,1% ohne Kreis Dahme-Spreewald
Einwohnerdichte 2000	106 EW/km <sup>2</sup>	56 EW/km <sup>2</sup>	88 EW/km <sup>2</sup>
Arbeitslosenquote	18,1% (2000)	22,9% (2000)	23,1% (2/2002)



In den drei Modellregionen wurden zu verschiedenen Themen Strategien und Projektideen entwickelt. Das sind die fünf Projekte in der Modellregion Ostthüringen:

- Projekt 1: Bündelung von ÖPNV-Angeboten
- Projekt 2: Kleine Schule im ländlichen Raum
- Projekt 3: Ärztenetzwerk
- Projekt 4: Dorfzentrum
- Projekt 5: Alternative Lösungen in der Wasserver- und -entsorgung

**MORO-Zeitleiste**

18.02.2002	Initialworkshop zum Start des Modellvorhabens der Raumordnung in Berlin
13.03.2002	Bewerbung der Region Ostthüringen zur Teilnahme am Modellvorhaben
18.04.2002	Berücksichtigung der Region Ostthüringen als Modellregion im MORO
05.02.2002	Zielvereinbarung zwischen dem Präsidenten der Regionalen Planungsgemeinschaft Herrn Rauch, Landrätin Frau Phillip (SLF), Landrat Herr Roßner (SOK), Projektleiterin Frau Winkler-Kühlken, (IFS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik Berlin GmbH) zur Durchführung von Projekten in der Modellregion
24.05.2002	Auftaktveranstaltung in Sitzung des Planungs- und Struktur Ausschusses der RPG OT Bildung von Arbeitsgruppen zu den Projekten
04.11.2002	1. Regionalforum in der Kreissparkasse Schleiz mit erster Zwischenbilanz
03.12.2002	Erfahrungsworkshop der drei Modellregionen und ausländischer Regionen im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen Berlin Thema: Bevölkerungsrückgang und Infrastruktur – Erfahrungen aus dem In- und Ausland
05.06.2003	2. Regionalforum in der Kreissparkasse Saalfeld mit zweiter Zwischenbilanz
bis 09.2003	Arbeit an den fünf Projekten in Arbeitsgruppen Zwischen den Projekten „Dorfzentrum“, „Kleine Schule“ und „ÖPNV“ fand erstmalig auch ein interinstitutioneller Erfahrungsaustausch statt. Die Ergebnisse der AG „Dorfzentrum“ und AG „Kleine Schule“ waren Anlass, den Projektzeitraum für vertiefende Untersuchungen zu verlängern
10.07.2003	Antrag der Region Ostthüringen auf finanzielle Zuwendung für die Projekte „Dorfzentrum“ und „Kleine Schule“
18.07.2003	Beginn der beschränkten Ausschreibung
25.08.2003	Zuwendungsbescheid des BBR
17.09.2003	Vertragsunterzeichnung zwischen RPG Ostthüringen und SIGMA PLAN Weimar GmbH zum Projekt „Dorfzentrum“
08.10.2003	Vertragsunterzeichnung zwischen RPG Ostthüringen und Freie Planungsgruppe Berlin zum Projekt „Kleine Schule“
11.2003	Zwischenberichte „Dorfzentrum“ und „Kleine Schule“
04.2004	Abschlussberichte „Dorfzentrum“ und „Kleine Schule“
22./23.04.2004	3. Regionalforum Ostthüringen als Bestandteil der 10. Thüringer Regionalplanertagung in Arnstadt, thüringenweite Präsentation der Ergebnisse der MORO-Projekte Ostthüringen
14.05.2004	Abschlussforum der drei Modellregionen mit Bundesminister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen Dr. Manfred Stolpe in Cottbus, Verabschiedung der Cottbuser Erklärung
26.05.2004	Abschlussgespräch mit allen Arbeitsgruppen der Modellregion Ostthüringen in Krölpa
01.10.2004	Präsentation der Ergebnisse der MORO-Projekte vor der Planungsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen



Kontakt: Frau Winkler-Kühlken, Herr Traun, IFS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, Lützowstraße 93, 10785 Berlin, Telefon: 030/2 500070, e-mail: moro@ifsberlin.de, Projekthomepage: <http://www.regionale-anpassung.de>

## Projekt 1:

# „Neustrukturierung des ÖPNV durch Schaffung eines kreisübergreifenden Besteller- und Kalkulationsmoduls für die Netzstruktur“

### Das Problem:

Rückläufige Bevölkerungsentwicklung und Überalterung gefährden zunehmend die Sicherung und Wirtschaftlichkeit des Nahverkehrs.

### Mit dem herkömmlichen System

- wird die Bedienung des ÖPNV bei sinkender Fahrgastzahl immer schwieriger,
- wird die Sicherung des Schülerverkehrs mit abnehmender Schülerzahl immer teurer,
- vergrößert sich der Aufwand, um Wünsche einzelner Zielgruppen zu erfüllen,
- wird es immer schwieriger, Gemeinden des ländlichen Raumes an die zentralen Orte anzubinden,
- verursacht der erhöhte Abstimmebedarf zwischen benachbarten Verkehrsbetrieben große Reibungsverluste,
- sind Variantenrechnungen für die Netzstruktur wegen der großen Zahl möglicher Varianten nicht mit einem verantwortbaren Aufwand möglich,
- konnte das vom Besteller erwartete Optimum zwischen ÖPNV-Qualität und finanziellem Aufwand nicht nachweisbar erreicht werden.

### Die Idee:

Die Idee wurde durch den Zweckverband ÖPNV Saale-Orla für die Landkreise Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla entwickelt mit dem Ziel:

- Zusammenfassung der Verkehrstätigkeit benachbarter Verkehrsbetriebe,
- Bündelung aller Verkehrsleistungen zu einem integrativen System.

Dazu ist ein neues, leistungsfähiges Computersystem erforderlich. So müsste es möglich sein, ÖPNV-Systeme so zu optimieren, dass sie auch zukünftig wirtschaftlich arbeiten können und gleichzeitig den Versorgungsauftrag des Nahverkehrs erfüllen.





### Die Ergebnisse:

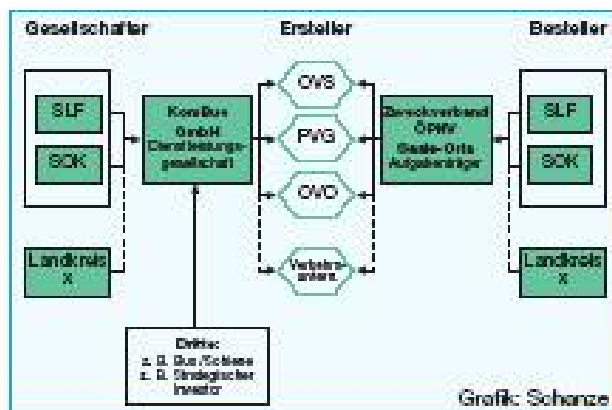
Es wurde ein aus Kanada stammendes neues EDV-Programm installiert und mit dessen Hilfe ein computergestütztes Angebotssystem entwickelt. Hiemit können für den Besteller wirtschaftliche Alternativen aufgezeigt werden. Dieses Programm ist so leistungsfähig, dass es auch kreisübergreifend eingesetzt werden kann. Es befindet sich bereits in der praktischen Anwendung.

Als neue Form der Zusammenarbeit mehrerer Verkehrsbetriebe wird außerdem die Bildung einer Holding vorbereitet, da mit zunehmender Flächengröße des Versorgungsraumes die wirtschaftlichen Möglichkeiten besser ausgeschöpft werden können. Die Effekte sind überzeugend:

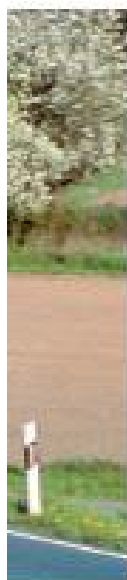
- Die einzelnen Verkehrsbetriebe müssen weder aufgelöst noch verschmolzen werden.
- Kreisübergreifendes Denken und Handeln wird möglich ohne Reibungsverluste zwischen den einzelnen Verkehrsbetrieben.
- Die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Verkehrsunternehmen wird gesichert.
- Unterschiedliche Belastungen der Verkehrsbetriebe können durch die Holding ausgeglichen werden.
- ÖPNV, Schülerverkehr und andere Verkehrsangebote können gemeinsam betrachtet und optimiert werden.
- Variantenrechnungen sind in kurzer Zeit möglich, so kann z.B. für das zukünftige Netz von Schulstandorten die optimale Variante ermittelt werden.
- Auch individuelle Kundenwünsche können kurzfristig bedient werden.
- Gemeinden in peripherer Lage können auch weiterhin bedient und an die zentralen Orte angebunden werden.
- Gemeinsame Tarife können durchgesetzt werden und machen den Nahverkehr kundenfreundlicher.
- Kostenintensive Spitzenressourcen werden abgebaut und vorhandene Kapazitäten besser ausgelastet.
- Die Landkreise können Träger des kommunalen Nahverkehrs bleiben. Gleichzeitig wird die EU-konforme institutionelle und personelle Trennung zwischen Aufgabenträger (Besteller) und kommunalen Verkehrsunternehmen (Ersteller) erreicht.

### Ausblick:

Unter den bekannten Prognosen der Bevölkerungsentwicklung kann das Projekt Lösungen bis zum Jahr 2020 anbieten. Danach sind neue Strategien erforderlich. Das Projekt trägt Modellcharakter und kann von anderen Landkreisen und Verkehrsträgern nachgenutzt werden.



**Kontakt:** Herr Schanze, Zweckverband öffentlicher Personennahverkehr Saale-Orla, Schlossstraße 24, 07318 Saalfeld, Telefon: 03671/823430, e-mail: beteiligung@kreis-elf.de



## Projekt 2: „Kleine Schule im ländlichen Raum“

### Das Problem:

Geburtenrückgang und Abwanderung führen auch weiterhin zu rückläufigen Schülerzahlen. Daraus folgt, dass immer häufiger viel zu wenig Kinder in viel zu großen Schulgebäuden lernen. Damit entstehen erhebliche Wirtschaftlichkeitsprobleme für die Betreibung der Schulen. Die Folgen sind

#### finanziell:

- hohe Unterhaltungskosten pro Schüler für nicht ausgelastete Schulgebäude,
- in der Folge eine Welle von Schulschließungen, die noch nicht beendet ist,
- längere Schulwege,
- steigende Kosten pro Schüler für den Schülerverkehr,

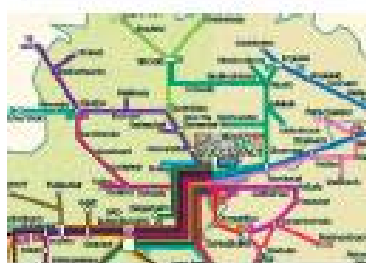
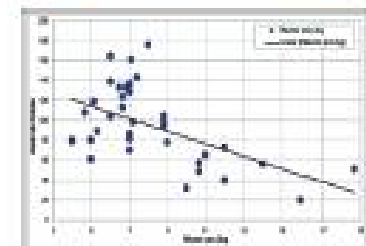
#### pädagogisch/sozial:

- Identitätsverluste vor allem für Grundschüler, wenn der Lernort außerhalb des Heimatortes liegt,
- Funktions- und Attraktivitätsverluste in Gemeinden und Wohngebieten, wenn die Schule geschlossen wurde, (mit der Schließung der Schule „stirbt mehr, als nur die Schule“),
- Beeinträchtigung der Ortsbilder durch leerstehende ehemalige Schulgebäude.

### Die Idee:

Man müsste wissen: Wie klein kann eine Schule werden, um sowohl pädagogisch als auch wirtschaftlich arbeiten zu können und wie viele kleine Schulen sind für die Region sinnvoll und tragfähig?

Dazu hat eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern von Schulverwaltungsämtern, Schulämtern und Schulleitern in der Modellregion Ostthüringen ein Jahr lang vier ausgewählte Grund- und Regelschulen mit unterschiedlicher Größe und pädagogischen Konzepten untersucht. Ein Kostenvergleich wurde erstellt (Sachkosten, Personal, Schülertransport...). Das, was sich in den Zahlenreihen zeigte, war so interessant, dass die Regionale Planungsgemeinschaft ein Gutachten an die Freie Planungsgruppe Berlin GmbH in Auftrag gegeben hat, um die Übertragbarkeit dieser Untersuchung auf die gesamte Modellregion zu überprüfen und Vorschläge für ein zukunftsfähiges Netz von Schulstandorten mit Organisationsgrößen unterhalb der z.Z. üblichen Mindestzügigkeit abzuleiten.



## Die Ergebnisse

Die Ergebnisse sind ermutigend, zeigen aber zugleich die Grenzen eines Systems kleiner Schulen auf. Wenn man dies berücksichtigt, bestehen langfristig Möglichkeiten, in der Modellregion ein breites Netz mit ca. 54 der heutigen 88 Grund- und Regelschulen zu erhalten, darunter ca. 13 als „kleine Schule“. Eine sektorübergreifende Arbeit ist wichtig, denn bei der Entscheidung für Schließung oder Erhalt einer Schule müssen neben den wirtschaftlichen auch soziale Kriterien berücksichtigt und abgewogen werden. Hier die Ergebnisse in Stichworten:

- Ein dezentrales Modell kleiner Schulen ist in der Modellregion Ostthüringen bei einer Bevölkerungsdichte ab 100 Ew/km<sup>2</sup> pädagogisch und wirtschaftlich sinnvoll.
- Kleine Grundschulen können auch dann geführt werden, wenn die Einzügigkeit unterschritten wird, kleine Regelschulen auch dann, wenn die Drei- und Zweizügigkeit unterschritten wird.
- Für kleine Grundschulen ist ein Einzugsbereich von mindestens 1500 EW, für kleine Regelschulen ein Einzugsbereich von 5000 EW erforderlich.
- Schulmodelle der Reformpädagogik (klassenübergreifender, jahrgangsübergreifender und fächerübergreifender Unterricht) sind geeignete Möglichkeiten, trotz Unterschreitung der Regelzügigkeit qualitativ hochwertigen und wirtschaftlich vertretbaren Unterricht durchzuführen.
- Dazu ist eine spezielle Lehrerweiterbildung erforderlich.
- Aufwand und Belastung für Lehrer an kleinen Schulen ist i.d.R. höher, allerdings auch die Zufriedenheit mit dem Beruf, der Krankenstand ist dort i.d.R. geringer.
- Die Leistungen der Schüler an kleinen Schulen sind genauso hoch, wie an großen Schulen. Motivation, Lernwille, pfleglicher Umgang mit dem Inventar und soziales Verhalten sind oft an kleinen Schulen höher ausgeprägt.
- An kleinen Regelschulen ergibt sich rein rechnerisch die Einschränkung des Wahlpflichtangebotes. An großen Schulen ist ein größeres Angebot möglich, was sich praktisch aber nicht generell bestätigt.
- Der größte Kostenfaktor in Schulen sind die Lehrkräfte. Dadurch werden kleine Schulen etwas teurer. Dies kann aber bei einem Pool von unterschiedlich großen Schulen von den Schulämtern ausgeglichen werden.
- Bei Ausgaben für Verwaltung, Hausmeister, Schülertransport und Bewirtschaftung können kleine Schulen erhebliche Einsparpotenziale mobilisieren.
- Schulämter und Schulverwaltungsämter sollten zusammenarbeiten und bisher getrennte Planungsentscheidungen gemeinsam treffen.
- Die Verkehrsträger sollten bei der Optimierung des Schulnetzes und Gestaltung der Schulanfangszeiten einbezogen werden.
- Für die mittel- bis langfristige Betreuung ehemals großer Schulen als „kleine Schule“ ergibt sich die Notwendigkeit, Bewirtschaftungskosten für die (zu groß gewordenen) Gebäude und Lohnkosten einzusparen. Dazu bieten sich folgende Möglichkeiten an: Rückbau des Schulgebäudes, Abriss von Anbauten, die nicht mehr gebraucht werden, Instandsetzung und Modernisierung der verbleibenden Substanz, dadurch Einsparung von Heizkosten, Reinigungskosten, Unterhaltungskosten, Vermietung von Räumen an andere Nutzer; Teilzeitmodelle oder zweiter Arbeitsplatz für Sekretärin und Hausmeister;

## Ausblick:

- Mit der Umsetzung des Projektes können trotz sinkender Schülerzahlen auch zukünftig alle Grundzentren in der Modellregion Standorte von Grund- und z.T. auch von Regelschulen sein. Darüber hinaus können in einigen Gemeinden kleine Grundschulen erhalten werden.
- Allerdings kann das vorgeschlagene Planungssystem keine Anwendung mehr finden bei einer weiteren Ausdünnung in Teilregionen mit einer Bevölkerungsdichte von deutlich unter 100 Ew/km<sup>2</sup>.
- Es wird empfohlen, dass die Schulverwaltungsämter die Ergebnisse des Gutachtens bei ihrer Schulentwicklungsplanung berücksichtigen.
- Das Gutachten bietet auch eine Grundlage zur möglichst frühzeitigen Diskussion mit Politikern, Eltern, Lehrern, Kommunen etc.
- Die vorgeschlagene Variante eines zukünftigen Schulnetzes in der Modellregion wird noch Änderungen erfahren, z.B. muss es noch detailliert mit dem Verkehrsträger abgestimmt werden.
- Das Projekt trägt Modellcharakter. Idee und Methodik können von anderen Landkreisen bzw. Schulträgern nachgenutzt werden.

## Projekt 3: „Ärztetzwerk“

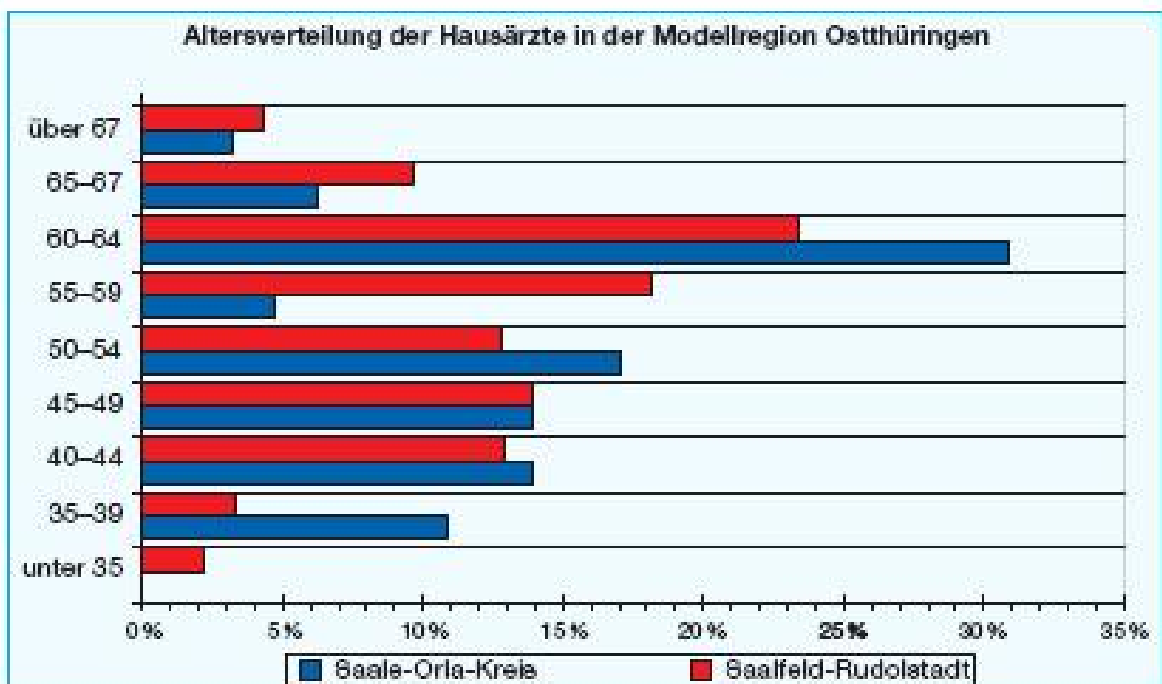
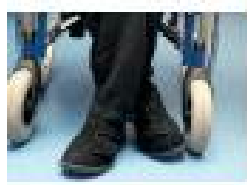
### Das Problem:

Zum einen führt die rückläufige Bevölkerungsentwicklung dazu, dass in dünn besiedelten ländlichen Räumen sehr schnell eine Einwohnerschwelle erreicht wird, die als wirtschaftliche Basis für Ärzte unattraktiv ist. Andererseits wächst der Anteil älterer Menschen mit größerem medizinischen Versorgungsbedarf bei häufig eingeschränkter Mobilität. Darüber hinaus wird in den nächsten 10 Jahren wegen der derzeitigen Altersstruktur der Ärzte in der Modellregion Ostthüringen jeder zweite Hausarzt aus dem Berufsleben ausscheiden. Hinzu kommen Nachwuchsprobleme in der Ärzteschaft und die Tatsache, dass nur ein geringer Teil der Absolventen medizinischer Universitäten bereit ist, als Arzt in einer strukturschwachen ländlichen Region zu arbeiten.

Daraus ergeben sich bereits jetzt v.a. in ländlichen Gemeinden, aber auch in Klein- und Mittelstädten Nachbesetzungsprobleme mit jungen Ärzten, was langfristig zu massiven Versorgungslücken führen wird, v.a. in der hausärztlichen und fachärztlichen Versorgung aber auch im stationären Bereich.

### Die Idee:

Die ursprünglich vom Landratsamt Saale-Orla-Kreis initiierte Idee bestand darin, ein über Telemedizin vernetztes System von ambulanten und stationären Ärzten zu entwickeln, um die Zusammenarbeit der wenigen verbleibenden Ärzte organisatorisch und technisch zu optimieren, Doppeluntersuchungen zu vermeiden, teure Untersuchungsgeräte gemeinsam zu nutzen und Patienten lange Anfahrtswege zu Untersuchungen zu ersparen. So könnte es gelingen, auch zukünftig die medizinische Versorgung der Bevölkerung vor allem im dünn besiedelten ländlichen Raum zu sichern.



Grafik: K. Kraft, Auswertung von Daten der KVT

## Die Ergebnisse:

Die vorrangig aus Vertretern der Gesundheitsämter, Kreisentwicklungsämter und örtlichen Ärzteschaft gebildete Arbeitsgruppe hat eine umfassende Problemanalyse vorgenommen. In deren Ergebnis wurde eingeschätzt, dass unter den derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene, der zeitgleichen Gesundheitsreform, der erheblichen zeitlichen und finanziellen Belastung der Ärzteschaft und negativen Erfahrungen aus früheren Projektvorschlägen keine Umsetzungsmöglichkeiten auf regionaler Ebene gesehen werden. Die Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen hat deshalb die Chance genutzt, im Rahmen einer Diplomarbeit von Kathrin Kraft Strategien gegen drohenden Ärztemangel in der Region und Konzepte für eine flächendeckende medizinische Versorgung in zumutbarer Erreichbarkeit erarbeiten zu lassen. Dies ist ein Versuch, die Ergebnisse der Projektgruppe und der Diplomarbeit zusammenzufassen:

- Eine Vernetzung zwischen ambulant und stationär tätigen Ärzten, Ergo-, Psycho-, Physiotherapeuten usw. wird für erforderlich gehalten.
- Die Bildung von zentralen Arzthäusern/ Gesundheitszentren als Konzentrationspunkte im ländlichen Raum wird empfohlen, um Bürgern in erreichbarer Nähe ambulante medizinische Angebote zu sichern.
- Daraus ergeben sich auch Konsequenzen für einen leistungsfähigen ÖPNV, da die Wohnortversorgung zukünftig vielerorts nicht mehr aufrechterhalten werden kann.
- Attraktive Aufwandsentschädigungen für Landärzte sollten praktisch umgesetzt werden.
- Lobbyarbeit ist notwendig, um junge Ärzte in ländlichen Regionen anzusiedeln.
- Gemeinden können moderierend tätig werden und interessierten Nachwuchsärzten Anreize geben, indem sie in Zusammenarbeit mit der Niederlassungsberatung der Kassenärztlichen Vereinigungen den örtlichen Bedarf erläutern, die Bereitstellung von Praktikumsplätzen unterstützen, dem medizinischen Nachwuchs die Standortvorteile des ländlichen Raumes nahe bringen und in der Gemeinde Vergünstigungen schaffen, z.B. Bereitstellung von preiswertem Bauland, Wohnungen oder Praxen.
- Die Informationsgrundlagen sollten verbessert werden. Dazu können Krankenkassen, kassenärztliche Vereinigungen, Gemeinden, Ärzte vor Ort, Gesundheitsämter usw. im Rahmen einer Gesundheitsberichterstattung kooperieren, um Qualitäten der gesundheitlichen Versorgungssituation in der Region, aber auch konkrete Versorgungslücken zu benennen.
- Die Bedarfsplanung ist zu verbessern und an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen.
- Versorgungsbereiche der Kassenärztlichen Vereinigungen und Versorgungsbereiche der zentralen Orte sollten aufeinander abgestimmt werden.
- Die Durchführung regionaler Gesundheitskonferenzen sollte all diese Ergebnisse auswerten und als Plattform für eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit genutzt werden. Dabei sollte Expertenwissen genutzt und Patienten, vor allem ältere Menschen, in die Diskussion einbezogen werden.
- Im Hinblick auf die rückläufige Bevölkerungsentwicklung und den zu erwartenden Ärztemangel dürfen Standortentscheidungen nicht einer Selbstregulierung des „Marktes“ überlassen werden. Daher muss eine neue Qualitätstufe der konzeptionellen Arbeit erreicht werden, z.B. in Form eines „Leitbildes der Versorgungslandschaft“.

## Ausblick:

Die Region erhebt nicht den Anspruch, mit ihren Projektergebnissen kurzfristige Veränderungen herbeizuführen. Wir glauben aber, dass wir die Diskussion der Ärzteschaft und zuständigen Stellen zum Kooperationsbedarf und zu dringend notwendigen Änderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen bereichert haben. Es muss uns gelingen, Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung zu ziehen und die notwendigen Veränderungen in der regionalen medizinischen Versorgung zu bewältigen.

## Projekt 4: „Dorfzentrum“

### Das Problem:

Geburtenrückgang und Abwanderung führen schrittweise dazu, dass vielerorts Einrichtungen der sozialen Infrastruktur unterhalb der Rentabilitätsgrenze arbeiten müssen, bis sie aus Kostengründen geschlossen werden. Das führt zu Funktionsverlusten in den betroffenen Räumen und weiterer Abwanderung vor allem junger Familien, die besonders auf diese Einrichtungen angewiesen sind.

### Die Idee:

Vertreter aus dem Saale-Orla-Kreis hatten ursprünglich die Idee, mehrere soziale Einrichtungen, die jede für sich genommen nicht mehr tragfähig sind, in einem Gebäude zu bündeln und mit einer gemeinsamen Arbeitskraft zu betreuen (z.B. gemeinsame Betreuung von Kindergartenkindern, Hortkindern, Behinderten und alten Menschen von einer speziell geschulten Fachkraft). Diese Idee hat sich im Laufe des Projektes zunächst als undurchführbar gezeigt, da die derzeitige Gesetzgebung darauf noch nicht ausgelegt ist.

Um kurzfristig umsetzbare Lösungen zu finden, hat die Arbeitsgruppe Möglichkeiten von Funktionsbündelungen in Dörfern unterschiedlicher Größenklassen untersucht. Die Arbeitsgruppe hat in der Modellregion sechs mögliche Standorte für ein Dorfzentrum vorgeschlagen. Die Regionale Planungsgemeinschaft hielt das Thema für so wichtig, dass sie sich entschlossen hatte, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu einer vertiefenden Untersuchung an die Firma SIGMA PLAN Weimar GmbH zu übergeben und für zwei der ausgewählten Standorte die Umsetzungsplanung für ein Dorfzentrum anzufertigen.

### Die Ergebnisse:

Was ist ein Dorfzentrum?

In einem Dorfzentrum werden mehrere unterschiedliche Funktionen des gemeindlichen und örtlichen Bedarfs in einem gemeinsamen Gebäude gebündelt. Damit entsteht praktisch eine neue, höhere Qualität von Dorfgemeinschaftshäusern. Die Standortgemeinden sind Einwohnerschwerpunkt im ländlichen Raum unterhalb der Stufe der zentralen Orte.

Die Standorte Krölpa und Rottenbach sind planerisch so vorbereitet, dass sie als Dorfzentrum mit verschiedenen Nutzungen gestaltet werden könnten.

Standort	Dorfzentrum Krölpa	Dorfzentrum Rottenbach
frühere Nutzung	ehemaliges Schloss, später als Schule genutzt	Grund- und Regelschule in Plattenbauweise
heutige Nutzung	Grundschule, unterbelegt	Schulgebäude leerstehend, Turnhalle und Speisesaal für Vereinsarbeit genutzt
Vorschlag für zukünftigen Funktionsmix	Gemeindeverwaltung Grundschule, Hort, Räume für Veranstaltungen, Feste, Vereinsleben,	Gemeindeverwaltung, Jugendclub, Kindergarten, Räume für Vereinsleben, Tagespflege für Behinderte, Tourismuschule
Baumaßnahmen	Rückbau von Anbauten, Sanierung	Rückbau 2. OG, Sanierung
Kosten	2,2 Mio Euro	ca. 1,6 Mio Euro

**Ausblick:**

- Funktionsverluste, leerstehende und unterbelegte Gebäude fordern heraus, Versorgungsstrukturen in den Gemeinden neu zu überdenken und neu zu ordnen, als Chance für eine neue Lebensqualität.
- Die Eignung des Standortes als Dorfzentrum muss nachgewiesen sein: Einwohnerschwerpunkt, Erreichbarkeit mit ÖPNV, klare Eigentumsverhältnisse, Nachweis der langfristigen Tragfähigkeit (Auslastung und Betriebskosten/ Unterhaltungskosten), interessierte regionale Akteure, Zugang zu Fördermitteln, Nachweis von Eigenmitteln für die Finanzierung, Nachweis von Synergieeffekten, Bereitschaft, auf andere Standorte/Einrichtungen in der Gemeinde zu verzichten.
- Voraussetzungen für die Etablierung eines Dorfzentrums ist ein langfristiges Denken in der Gemeinde und sämtlichen Ortsteilen, welche Funktionen an welchem Standort erhalten werden sollen und welche nicht.
- Auch Abriss kostet Geld, zwischen Abriss und Erhaltung ist verantwortungsvoll abzuwägen.
- Dorfzentren können helfen, den sozialen Zusammenhalt und wichtige Funktionen in der Gemeinde zu erhalten.
- Zur Realisierung eines Dorfzentrums müssen wegen der Kombination von mehreren Einrichtungen in einem Gebäude eine Vielzahl von Ämtern und Fachdiensten sektorübergreifend zusammenarbeiten bis hin zur Ebene der Kreistage und Ministerien. Dies verlangt mehr Kommunikation, professionelle Beratung und Coaching.
- Es wird empfohlen, dass 1. sektorübergreifende Förderprogramme gestaltet und 2. bestehende gesetzliche Regelungen im Bereich der sozialen Betreuung an die Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung angepasst werden.
- An den vorbereiteten Projektideen in Krölpa und Ranis wird weitergearbeitet, es wird ein „Weg der vielen kleinen Schritte“.
- Doch es sollte nicht bei diesen beiden Projekten bleiben. Es ist erkennbar, dass weitere Kommunen in dieser Richtung arbeiten wollen, denn Dorfzentren sind eine Chance, Eigeninitiative zu entwickeln und kommunale Selbstverantwortung aktiv umzusetzen. Dazu müssen entsprechende Förderprogramme angepasst werden.

Kontakt: Herr Appelk, Herr Lippold, Herr Bude, SIGMA PLAN INTERDISZIPLINÄRE BAUPLANUNG Weimar GmbH, Am Kirschberg 33, 99423 Weimar, Telefon: 036 43/86000, e-mail: info@sigmaplan-weimar.de, www.sigmaplan.de

**Mögliche Infrastruktureinrichtungen für ein Dorfzentrum:**

Gemeindeverwaltung | Kindertagesstätte | Schule | Arzt | Apotheke | Zweigstelle Kreditinstitut | Sparkassenautomat  
 Poststelle | Bücherei | Jugendclub | Seniorenklub | Vereinsräume | Kosmetik | Ausstellungsräume | Internet(Café)  
 Freiwillige Feuerwehr | Online Shop | Marktbreiff | Einzelhandelsgeschäft | Gaststätte mit Übernachtung  
 Tourismusinformation | Versicherungsbüro | Annahmestelle für Reinigung | Versandhandel | Friseur | u. a.



Krölpa



Rottenbach

## Projekt 5: „Alternative Lösungen in der Wasserver- und -entsorgung im ländlichen Raum“

### Das Problem:

Die rückläufigen Bevölkerungszahlen der letzten Jahre haben auch im Bereich der Wasserver- und -entsorgung dazu geführt, dass inzwischen bei vielen Anlagen die Rentabilitätsgrenze unterschritten wird. Das hat zu einer Vielzahl von technischen und wirtschaftlichen Problemen geführt. Darüber hinaus ist zunehmend auch die Rentabilität der vielen kleinen Zweckverbände nicht mehr gesichert.

### Die Idee:

Die Möglichkeiten für die Fusion von zwei Verbänden sollte geprüft und neuartige technische Lösungen für kleine ländliche Siedlungen entwickelt werden mit dem Ziel, auch weiterhin qualitätsgerecht und wirtschaftlich die Wasserver- und -entsorgung im ländlichen Raum zu sichern.



Im Versorgungsgebiet des Zweckverbandes Obere Saale blieb der Wasserverbrauch der Industrie weitgehend gleich. Auch der spezifische Pro-Kopf-Verbrauch war gleichbleibend. Der rückläufige Verbrauch an Trinkwasser ergibt sich im Wesentlichen nur aus dem Rückgang der Einwohner.



## Die Ergebnisse:

Die Arbeitsgruppe kann eine Vielzahl von Ergebnissen vorlegen:

- Die Arbeitsgruppe favorisiert die Privatisierung der Trinkwasserversorgung. Dabei sind die positiven Ergebnisse bereits erfolgter Privatisierungen zu nutzen und negative Ergebnisse auszuwerten.
- Ein erster Schritt wäre die Bildung größerer Verbände.
- Bereits vor der Fusion sollten Verbände auf Teilgebieten zusammenarbeiten, z.B. im Bereich der Betriebsführung sowie Einkauf, Betreuung und Betreuung von Software.
- Das Satzungsrecht muss grundlegend überarbeitet werden, wobei auch für Übergangssituationen Lösungen anzubieten sind.
- Die Rolle des Verbandvorsitzenden ist zu stärken.
- Durch Strukturhilfe müssen Stärken und Schwächen fusionierender Verbände ausgeglichen werden.
- Die Trinkwasserbereitstellung im ländlichen Raum in Menge und Qualität erfordert vernünftige technische Lösungen, z.B. geringere Rohrquerschnitte. Das erfordert alternative Lösungen z.B. bei der Löschwasserbereitstellung (Vorfluter und Löschwasserenteiche nutzen).
- Eine neue Förderpolitik sollte auch die Förderung dezentraler Abwasserbehandlungsanlagen, kleinerer Anlagen für Splittersiedlungen und privater Einzelanlagen ermöglichen.
- Landwirtschaftliche Betriebe, die Flächen in Trinkwasserschutzgebieten haben, müssen verpflichtet werden, geförderte Flächenstillegungen zuerst in den Trinkwasserschutzgebieten vorzunehmen. Damit entfallen für die Verbände zusätzlichen Ausgleichszahlungen, die die Verbände z.T. erheblich finanziell belasten.

## Ausblick:

Die Fusion und Schaffung von größeren Verbänden ist ein Muss. Dazu bedarf es konkreter Maßnahmen von Seiten des Landes im Gesetzgebungsverfahren und der Förderpolitik.

Die Situation erfordert auch sofortiges Handeln aller Beteiligten zur Umsetzung vernünftiger technischer und zugleich kostensparender Lösungen der Wasserver- und -entsorgung.

Kontakt: Arbeitsgruppenleiter Herr Wohl, Verbandrat im Zweckverband Obere Saale und Bürgermeister der Stadt Hirschberg, 07927 Hirschberg, Markt 2, Telefon: 036644/4300, e-mail: r.wohl@stadt-hirschberg-saale.de



## „Über den Tellerrand geschaut“

Strategien aus anderen Modellregionen in Kurzfassung:

Region Mecklenburgische Seenplatte	Region Lausitz-Spreewald
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Konzept für eine neue Berufsschulstruktur mit je einem öffentlichen Berufsschulstandort je Kreis,</li> <li>- Strategien zur Sicherung der medizinischen Versorgung (zentrale Gesundheitshäuser, Anwerbestrategien für Ärzte, Vor-Ort-Sprechstunden in kleinen Gemeinden)</li> </ul> <p>Kontakt: Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte, Gerhard Lüdke, Christoph Kaufmann, Telefon: 03 93/38030000, e-mail: poststelle@afirms.mv-regierung.d</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Konzept für eine kreisübergreifende Berufsschulentwicklung, Bündelung des zukünftigen Ausbildungsangebotes an der Hälfte der bisherigen Standorte</li> <li>- Entwicklung eines neuen Gemeinschaftsverkehrs mit flexiblen Bedienzeiten, der touristische Attraktionen der Internationalen Bauausstellung Fūr-et-Pückler-Land zur Stärkung des ÖPNV in der Fläche nutzt (Nutzung von Rufbussen, Mietfahrad, Mietauto, Bootverleih, Museumsbahnen, Draisinen)</li> <li>- Anpassung der zentralörtlichen Gliederung, Zusammenlegung von Klein- und Unterezentren zu Nahbereichszentren,</li> </ul> <p>Kontakt: Planungsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald, Daniela Siemoneit-Goerke, Ralf Ullrich, Telefon: 0355/4765421, e-mail: agenda-lausitz@lausitz.net</p>

### Hinweise auf Veröffentlichungen

- Bericht:** „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern – Modellvorhaben der Raumordnung“ 2. Zwischenbericht, Juli 2003 (der Endbericht erscheint im Herbst 2004) Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH e-mail: info@berlin-institut.org, www.berlin-institut.org
- Cottbuser Erklärung:** [www.region-lausitz-spreewald.de](http://www.region-lausitz-spreewald.de)
- Film:** „Leeres Land“ kann bei der Planungsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelthüringen im Landesverwaltungsamt Weimar ausgeliehen werden, Kontakt: Frau Kolarz, Telefon: 0361 /37737624, e-mail: angelika.kolarz@ltwa.thueringen.de
- Diplomarbeit:** „Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“ Handlungsbedarf und Steuermöglichkeiten der ambulanten ärztlichen Versorgung am Beispiel der Landkreise Saale-Orla-Kreis und Saalfeld-Rudolstadt, von Kathrin Kraft, Berlin, e-mail: kraft.kathrin@web.de
- Broschüren:** „Deutschland 2020 – Die demographische Zukunft der Nation“ von Steffen Krönert, Nienke van Olet, Reiner Klingholz, Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung,  
 „Hausärztliche Versorgung in der Mecklenburgischen Seenplatte – Analyse, Leitbild, Strategien“, Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte, Kontakt: Gerhard Lüdke, Christoph Kaufmann, e-mail: poststelle@afirms.mv-regierung.de
- Internet:** MORO-Projekthomepage: [www.regionale-anpassung/meilensteine.htm](http://www.regionale-anpassung/meilensteine.htm)

## **Ausblick: Auf weniger Bevölkerung einstellen, Abwanderung stoppen und Kinderwunsch unterstützen!**

MORO kann und wird nicht die rückläufige Bevölkerungsentwicklung und Überalterung in der Region umkehren. Die MORO-Projektideen können aber helfen, Versorgungsfunktionen im ländlichen Raum möglichst wohnortnah zu erhalten. Wir müssen uns verabschieden vom Wachstum und uns auf einen sinnvollen Einsatz vorhandener Potenziale besinnen.

### **Das kann die regionale Ebene tun:**

- Nur wer die richtigen Informationen hat, kann zukunftsfähige Entscheidungen treffen. Die Ergebnisse des MORO-Projektes sollten deshalb auch in allen Kreistagen und Bürgermeistermunden vorgestellt werden.
- Bei zukünftigen Standortentscheidungen ist eine überörtliche Betrachtungsweise gefragt. Dabei geht es um die Bündelung von Funktionen in einem Gebäude bzw. an einem Ort, um vielfältige Synergieeffekte zu erzielen. Ländliche Gemeinden sollten beraten, welcher Ortsteil für die Bündelung von Einrichtungen besonders geeignet ist zur Stärkung des Ortskernes als Versorgungszentrum und Begegnungsstätte. Auch in den Städten müssen sich Standortentscheidungen auf die Bündelung von Einrichtungen und Funktionen zur Stärkung der Stadtzentren und Stadtteilzentren konzentrieren.
- Kommunale Egoismen müssen ersetzt werden durch den Willen zur Weitsicht und Kooperation, um eine angemessene Versorgung bei geringer werdenden Ressourcen zu sichern.
- Es muss uns in Ostthüringen gelingen, ein leistungsfähiges Netz von Grundzentren zu gestalten, das durch konzentrierte überörtliche Versorgungseinrichtungen die Lebensqualität im ländlichen Raum langfristig sichert.
- Besonders die Städtekooperationen sind zu verstärken, um trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen für die Bürger qualitativ hochwertige Einrichtungen in zumutbarer Nähe vorzuhalten.
- Eigeninitiative von Städten und Gemeinden ist zu verstärken zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur attraktiven Gestaltung des Ortsbildes, für einen sozialen Zusammenhalt, zur Wahrung von Traditionen sowie zur Schaffung einer intakten Umwelt, um den Menschen ein familienfreundliches Wohnumfeld zu bieten und sie in ihrem Wunsch zu bestärken, in Ostthüringen zu bleiben.
- Kreisübergreifende Zusammenarbeit ist zu verstärken im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, des Schulnetzes, der medizinischen Versorgung, der Trinkwasserbereitstellung und Abwasserbehandlung und in vielen anderen Bereichen.

### **Übergeordnete Rahmenbedingungen:**

- Wir brauchen praxistaugliche, umsetzungsfähige familienfreundliche Maßnahmen, die berufstätige Frauen und junge Familien bei der Umsetzung ihres Kinderwunsches spürbar unterstützen.
- Wir brauchen verbesserte Rahmenbedingungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und eine effektive und schnelle Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Veränderungen, um Menschen in Ostthüringen eine Zukunft zu geben. Dabei sind vor allem auch Fördermittel wesentlich effektiver einzusetzen.
- Richtlinien, Verordnungen und Gesetze sollten sehr schnell den Konsequenzen aus der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung angepasst werden.
- Wir brauchen sektorübergreifende Förderprogramme, dazu ist eine interministerielle Zusammenarbeit dringend erforderlich.
- Die Finanzausstattung der Kommunen muss dringend verbessert werden, um Eigenanteile für innovative Projekte finanzieren zu können.
- Die begonnene Verwaltungs- und Funktionalreform ist weiter zu führen mit dem Augenmerk auf Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Effizienz von Kommunen und Verwaltungsgemeinschaften. Kommunale Initiativen scheitern noch zu häufig an Regulierungen und Vorschriften.
- Für die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum sind geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.
- Die Entwicklung von Dorfzentren sind ein möglicher Weg zur Erhaltung des sozialen Lebens und von Funktionen im ländlichen Raum. Dazu sind entsprechende Förderprogramme auch sektorübergreifend anzupassen.
- Für den Teiltrückbau von (zu groß gewordenen) Schulen sollte sehr schnell ein entsprechendes Programm aufgelegt werden.
- Die Anpassung der Infrastruktur an die demographische Entwicklung löst einen zunehmenden Bedarf bei Machbarkeitsstudien und Vorplanungsleistungen aus.
- Technische Standards sollten sich an einem vertretbaren Aufwand-Nutzen-Verhältnis orientieren.
- Wir möchten ein modifiziertes Berufsbild anregen, das die gemeinsame Betreuung von Kleinkindern, Hortkindern, Jugendlichen, Behinderten und älteren Menschen in einer gemeinsamen Einrichtung ermöglicht.
- An Stelle der weiteren Förderung von Neubauten auf der „Grünen Wiese“ soll die Erhaltung und Sanierung ortsbildprägender Gebäude auf dem Lande, aber auch in unseren Klein-, Mittel- und Großstädten besonders gefördert werden.